

Mittelsächsische LinksWorte

9. Dezember 2014

Nr. 88

8. Jahrgang



Das Jahr 2014 neigt sich seinem Ende zu. Es war geprägt von den Wahlen vom 25. Mai und vom 31. August. Seitdem gibt es in der EU, in Sachsen, in Mittelsachsen sowie in den mittelsächsischen Städten und Gemeinden neue Parlamente. DIE LINKE spielt auf allen Ebenen weiterhin eine gewichtige Rolle, dennoch können die Wahlergebnisse insgesamt nicht befriedigen.

An der Schwelle zum Jahr 2015 geht der Blick auch nach vorn. Im Kreisverband der mittelsächsischen LINKEN hat der Kreisparteitag vom 9. Dezember über die weitere Arbeit beraten. In Mittelsachsen wird im Mai ein neuer Landrat gewählt, in einer Vielzahl von Städten und Gemeinden stehen Bürgermeisterwahlen an.

In diesen Advents-, Weihnachts- und Neujahrstagen ist aber - vor allem für die vielen fleißigen Wahlhelfer - erst einmal ein wenig Ruhe und Besinnlichkeit angesagt. Dann aber: Auf ein Neues im Jahr 2015 !

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe:

1. Bundespolitik in Mittelsachsen:

Bundestagsabgeordnete der LINKEN
stehen Rede und Antwort

2. Im Blickpunkt:

Die Kreistagsfraktion der LINKEN
aktiv in den Ausschüssen

3. Mit dem Blick nach vorn:

DIE LINKE bereitet sich auf eine
„linke Woche der Zukunft“ vor

2	editorial & standpunkt
3	kolumne & nd-projekt kleine zeitungen
4	titelthema 1: bundestagsabgeordnete der linken im gespräch
5	erinnerungskultur in ulm und anderswo
6/7	titelthema 2: aus der kreistagsfraktion
8	titelthema 3: blick auf den zukunfts-kongress der linken
9	seite der linksjugend [´solid]
10	serie zur nachhaltigkeit: heute von dr. jana pinka (mdl)
11	kreisvorstand & glückwünsche & jahrestage 2015
12	termine & querbeet

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 21. Januar 2015. Redaktionsschluss ist am Mittwoch, dem 14. Januar. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag 2015.

Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für die LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Kreissparkasse Freiberg

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Zuschriften mit kritischen und auch polemischen Hinweisen sind ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: **DIE LINKE.**
KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:
Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
eMail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Robert Sobolewski, Marika Tändler-Walenta, Hans Weiske (verantwortl. i.S.d.P.), Peter Zimmermann

Layout, Satz und Fotos: A•Bi•Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23b
09557 Flöha/OT Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ können über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufgerufen werden. Über einen Link findet man dort die aktuelle Ausgabe der „LinksWorte“ und das Archiv.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

noch schnell die Advents- und Weihnachtstage überstehen und schon wird sich das Jahr 2014 von uns verabschieden! Es wartete mit einem wahren Wahlmarathon auf und stellte vor allem an die vielen ehrenamtlichen Mitkämpfer des mittelsächsischen Kreisverbandes der LINKEN und unsere Linksjugend [´solid] hohe Anforderungen. Für die vielfältigen Aktivitäten im Wahlkampf - die uns als Redaktion überhaupt erst in die Lage versetzten, so umfassend zu berichten - möchten wir uns an dieser Stelle herzlich bedanken.

Das „politische Jahr“ endet für unseren Kreisverband der LINKEN mit dem Kreisparteitag am 9. Dezember, übrigens dem Herausgabetag dieser Nummer der LinksWorte. Natürlich werden wir im Januar ausführlich darüber berichten.

Am 20. November fanden - leider zeitlich parallel in Mittweida und Döbeln - zwei Veranstaltungen statt, die von Caren Lay und Michael Leutert, zwei Mitgliedern der Bundestagsfraktion der LINKEN, bestritten wurden. Wir berichten vor allem über die dort aufgeworfenen politischen Themen: Das angestrebte Freihandelsabkommen TIPP mit den USA und der sich dagegen formierende Widerstand sowie Antworten der LINKEN zu den Kriegen in Syrien, Irak und der Ukraine. Aus der Sicht der Teilnahme an einer Veranstaltung in Ulm führen setzen wir uns mit „Erinnerungspolitik“ in der alten Bundesrepublik und in der DDR auseinander.

Die 3. Sitzung des mittelsächsischen Kreistages fand am 10. Dezember und damit nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe der LinksWorte statt. Die Fraktion der LINKEN hat sich im Vorfeld intensiv in die Arbeit der Ausschüsse eingebracht und zum Entwurf der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan des Landkreises Mittelsachsen für das Haushaltsjahr 2015 beschäftigt. Wir informieren ausführlich. Außerdem stellen wir unseren Leserinnen und Lesern den neu gewählten Vorsitzenden unserer Kreisfraktion, Gottfried Jubelt, vor.

Themen unserer Zeitung sind auch der im kommenden Jahr stattfindende Zukunftskongress der LINKEN und die Beratung des Bundesvorstands der LINKEN Ende November. Beide Beiträge stammen aus der Feder unseres Redaktionsmitglieds und Mitgliedes des Bundesvorstandes der LINKEN, Marika Tändler-Walenta aus Roßwein.

Neben der schon traditionellen Jugendseite möchten wir die Aufmerksamkeit unserer Leserinnen und Leser besonders auf den Beitrag unserer Landtagsabgeordneten Dr. Jana Pinka aus Freiberg lenken. Sie äußert sich im Rahmen unserer Serie zur Nachhaltigkeit pointiert zu diesem Thema aus der Sicht der LINKEN. Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern eine anregenden Lektüre.

unwiderruflich mit dem system des stalinismus gebrochen!

von unserem Redaktionsmitglied Ruth Fritzsche

Der Herbst 1989 bis Anfang Dezember war für mich als Parteimitglied ein demütigender Zeitabschnitt. Er war begleitet von einem ständigen Hoch und Tief der Gefühle, wie es mit der DDR und der SED und auch mit mir weitergehen wird. In diesem Rahmen gehört nun der von einer großen Anzahl der damaligen Parteimitglieder von der alten Parteiführung geforderte Sonderparteitag, der aber erst nach deren Rücktritt am 08.12.1989 um 19.00 Uhr seine Arbeit aufnehmen konnte. Die Delegierten des Kreisverbandes Freiberg hierfür habe ich am 02.12.1989 mit gewählt.

Selbstbewusste Genossinnen und Genossen, darunter Gregor Gysi, nahmen die Geschehnisse in die Hand, um zu retten was noch zu retten war. Dieser Sonderparteitag ist für mich unvergesslich geblieben. Gespannt verfolgte ich die Geschehnisse, die sich auf dem Parteitag abspielten. Dann wurde u.a. der Antrag gestellt, die Partei aufzulösen. Darauf folgte eine wichtige Rede von Hans Modrow zum Erhalt der Partei für seine Tätigkeit als Ministerpräsident der DDR. Der Parteitag tagte dann ohne die Medien in geschlossener Sitzung bis in den frühen Morgen hinein, so dass zeitig am 09.12. verkündet werden konnte, die Partei wird weiter existieren, der Parteitag wird am 16.12.1989 fortgesetzt und Gregor Gysi wurde zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Er war es, der für Erhalt, Erneuerung und Umbenennung der Partei plädierte. Nach durchwachter Nacht war ich über diese Entscheidung sehr froh.

Am 16.12. beeindruckte mich die ausführliche Rede von Gregor Gysi, die sich u.a. mit Machtmissbrauch und Korruption in der SED beschäftigte. Die vielbedachte Rede von Günter Schumann „wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System“ ist für mich ein entscheidendes Merkmal dieses Sonderparteitages für die grundlegende Erneuerung der Partei. Sie erhielt den Namen „Partei des Demokratischen Sozialismus“. Gregor Gysi erhielt symbolisch einen langen Besen. Wir hießen zwar noch für eine kurze Zeit SED/PDS. Aber Anfang Februar 1990 verschwand das „SED“ aus der Parteibezeichnung. Mit dem Namen PDS sind wir in die Geschichte eingetreten und auch ich habe mehr oder weniger gut für die Erneuerung der Partei mit Sorge getragen. Als gesamtdeutsche LINKE sind wir nun die einzige sozialistische Partei in Deutschland mit einer Fraktion im Bundestag und mit zehn Landtagsfraktionen.

kurz zitiert

Der Außerordentliche Parteitag fand wohl bereits in einer Situation ohne reale Aussicht auf eine nächste Entwicklung zu einem demokratischen Sozialismus statt. ... Ostdeutschland wurde schnell zu einem Teil der Bundesrepublik auf einem zunehmend neoliberalen, finanzmarktgetriebenen Entwicklungspfad.

Dieter Klein

über die linksworte, unsere landeszeitung und anderes mehr

ein Bericht von unserem Redaktionsmitglied
Michael Matthes

**auf seite - drei -
- immer konsequent links -
unser monatlicher
kritischer meinungsbeitrag**

Ich gebe es zu, mich befällt die größte Skepsis, wenn die Benennung der DDR als „Unrechtsstaat“ so etwas wie die Grundlage der vereinbarten Koalition in Thüringen sein soll. Und Bodo Ramelow's SPIEGEL-Interview erfüllt meine Erwartungen an einen ersten Linken-Ministerpräsidenten auch nicht. Nur gegackert wird, wenn das Ei gelegt ist. Sollte also am fünften Dezember der erste Ministerpräsident DerLinken in einem Bundesland inthronisiert worden sein, dann hat DieLinke Thüringens fünf Jahre Zeit, den Thüringer Bürgerinnen und Bürgern nachzuweisen, ob Rot-Rot-Grün neue politische Maßstäbe setzen konnte. Sicher gibt es auch in Thüringen keinen Esel-Streck-Dich. Die Dukaten werden knapp sein wie überall. Doch – es geht auch um etwas Anderes. Zum Beispiel darum, ob die Koalitionäre gleichberechtigt und gleichverpflichtet, den Wählerauftrag, es besser zu machen, als die Vorgängerkoalition, in die Tat umsetzen. Man wäre in Thüringen sicher erleichtert, wenn die drei Parteien an einem Strang ziehen und jedwede Hahnenkämpfe untereinander vermeiden. Es wäre sicherlich ein Gewinn, wenn Wahrhaftigkeit in der Politik Einzug hielte. Wenn man Schiefgelaufenes als solches benennt und man sich kollektiv dazu bekennt, um es in einem zweiten Anlauf besser zu machen. Schließlich könnte ein linker Ministerpräsident ein Erster unter Gleichen sein, dem es nicht darauf ankommt, als Pfau Rad zu schlagen. Wie gesagt, das wäre schon ein Gewinn. In einer solchen Atmosphäre wird Regieren erfolgreich.

Es wäre auch für DieLinke ein Gewinn an sich. Alle würden sehen: Sie können es. Und vielleicht können sie es sogar ein Bisschen besser. Andere Landesverbände hätten ein Vorbild, wie man es macht, die Bürgerinnen und Bürgern im Lande für ein linkes Regieren zu begeistern. Das wäre gerade für Sachsen wichtig, um nach der vermurksten Landtagswahl einen besseren Anlauf für 2019 zu nehmen. Fehler können vorkommen. Aber sie dürfen sich nicht wiederholen. Unser Landkreis hat neben der böhmischen Grenze auch eine solche mit Thüringen. Wie wär's, wenn wir mal hinüberschauten.

Also halten wir alle zusammen die Füße und das Mundwerk still. Drücken wir unseren Genossinnen und Genossen in Thüringen für den Fall der Fälle die Daumen, auf dass sie ein glückliches Händchen beim Regieren haben mögen. (mm)

Es gibt eine sächsische Landesarbeitsgemeinschaft, die sich in Anlehnung an die Bundesarbeitsgemeinschaft „Rote Reporter“ nennt. Eine solche LAG sollte aktiv und richtunggebend auf ihrem Gebiet sein. Ist sie aber nicht. Dies mussten kürzlich die zur anstehenden Mitgliederversammlung Erschienenen feststellen. Ganze sieben von den mehrere DIN-A4-Seiten-Listen füllenden Mitgliedern waren erschienen, darunter pflichtschuldig der einladende Vorsitzende und seine Stellvertreterin. Die meisten fehlten unentschuldig. Die Kleinen Zeitungen, die als Mitgliederzeitungen auf Kreisebene erscheinen, waren wenig präsent. Von den durch anwesende LAG-Mitglieder repräsentierten kämpften die journalistisch anspruchsvolle LEPZIGS NEUE und die Kleine Zeitung des Meißner Kreisverbandes finanziell ums Überleben. Die Kleine Zeitung des Leipziger Stadtverbandes und die der Kreise Zwickau und des Vogtlandes sind ohne große Bedeutung. Unsere LinksWorte, vertreten durch Hans Weiske und mich, stachen in diesem Umfeld heraus. Eigenlob stinkt zwar, aber diese Bemerkung zielt auf die Wertschätzung der Ergebnisse unserer Arbeit. Wir meinen, durch langjähriges hartnäckiges Streben nach Qualität ist es uns gelungen, unser Blättchen bei den Mitgliedern unseres Kreisverbandes nachhaltig zu etablieren, auch wenn wir uns über diesen und jenen „weißen Fleck“ in der flächendeckenden Versorgung der Ortsverbände noch ärgern.

Das seinerzeit angestrebte Auftreten der LinksWorte auf dem ND-Portal www.kleinezeitungen.de ist Realität geworden. So können wir auch über den Tellerrand unseres Landkreises hinaus bekannt werden. Das ND-Portal gewinnt, wie das eben so ist, nur langsam an Format. Wer das Geschehen allerdings verfolgt, merkt allerdings schon, dass es vorwärts geht. Immer mehr Artikel anderer Kleiner Zeitungen tauchen auf. Man kann nur allen unseren Mitgliedern, die sich trauen ins Internet hineinzuschauen, empfehlen, schaut durch die angebotenen Texte. Es werden immer mehr. Manche Redaktion würde sich bestimmt über Lesermeinungen von außerhalb des Verbreitungsgebietes des jeweiligen Blattes freuen. Ein Beitrag zur Verständigung untereinander könnte dies allemal sein. Bei der „Mutterzeitung“ **neues deutschland** müht sich Genosse Olaf Präger redlich, immer mehr Redaktionen der Kleinen Zeitungen in das Portal einzubeziehen.

Der Versammlung der sächsischen Roten Reporter war eine Beschluss-Vorlage zu Veränderung des Zeitungstitels LINKS! auf den Tisch geflattert, von der man sich fragt, was soll das bedeuten. So wie der Beschluss vorliegt, wird da nichts Vernünftiges draus. Die Sache ist ziemlich komplex und sicher nicht mit einem Husarenritt zu lösen. In Laufe der Zeit hat sich in dem Bemühen um Verbesserung die Zeitung des Landesverbandes gewandelt. Es ist aber nunmehr ein Zustand erreicht, der nach qualitativen Veränderungen verlangt. Man weiß nicht, ob es überhaupt jemanden auffällt: LINKS! sind vier Zeitungen in einer, die, wenn man sie thematisch getrennt lesen will, erst einmal auseinander nehmen muss. Die innere Doppelseite ergibt zusammengefasst den Zeitungsteil der Fraktion. Danach folgt in gleicher Weise das Kommunalpolitische Forum. Anschließend, betitelt mit SACHSENS LINKE! der Landesvorstand und schließlich mit LINKS! die eigentliche Landeszeitung. Auch presserechtlich ist dies ein kompliziertes Gebilde. Man könnte die Strukturen weiterverfolgen bis zum Vertrieb und würde feststellen: Das taugt nicht für die Zukunft. Doch der oben zitierte Beschlussvorschlag ändert daran nichts.

Nun gibt es auch in der Profi-Zeitungslandschaft gegenwärtig ein eifriges Suchen nach Zukunftskonzepten. Bisher ohne rechten Erfolg. Bevor man sich an konkrete Konzepte macht oder gar schon Beschlussvorlagen formuliert, sollten sich aus den sächsischen Stadt- und Kreisverbänden politische Köpfe finden, die sich über Zielstellungen des öffentlichen Auftretens des Landesverbandes ihre Köpfe zerbrechen. In die Überlegungen sollte Grundsätzliches einfließen. Die Zeiten des bedruckten Papiers gehen definitiv ihrem



im Internet-Projekt „Kleine Zeitungen“ des neuen deutschland ganz oben: die „Mittelsächsischen LinksWorte“
Screenshot: M. Matthes

Ende entgegen. Das Problem steht auch in anderen Landesverbänden auf der Agenda. So wäre es überlegenswert, ob man nicht dem Konzept des MDR folgt und ein Projekt für Anhalt, Sachsen und Thüringen ins Auge fasst. Die synergetischen Effekte sind dort nicht zu übersehen. Das Projekt wird nur Erfolg haben, wenn es weniger der Information von oben nach unten dient. Vielmehr sollte der inhaltliche Dialog untereinander eine Plattform finden. Basisdemokratische Entscheidungsprozesse brauchen eine Verständigungsbasis. Dies wird in Zukunft häufiger stattfinden. Und schließlich – die Generationen der Zeitungsläser sind jetzt abgelöst durch die Smartphone-Nutzer. Es gibt allenthalben viel zu tun. Hoffentlich packt es bald jemand an.

linke bundespolitik - aktuell vermittelt: caren lay und michael leutert im gespräch



Im Gespräch: Caren Lay. Links die Moderatorin Marika Tändler-Walenta



Im Gespräch: Michael Leutert. Rechts der Moderator Torsten Bachmann

„DIE LINKE will TIPP stoppen“

von Hans Weiske

Die Veranstaltung in Döbeln hätte mehr Besucher verdient gehabt. Trotz intensiver „Vorfelddarstellung“ u.a. mit Werbung in der Presse, verloren sich die rund 20 Besucher im „Café Courage“ des Treibhaus e.V. Döbeln.

Als Referentin des Abends kam Caren Lay nach Döbeln. Sie ist stellvertretende Vorsitzende der LINKEN und Bundestagsabgeordnete. Seit Oktober 2013 ist sie stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Leiterin des Arbeitskreises „Struktur- und Regionalpolitik“. Darüber hinaus ist sie verbraucherpolitische Sprecherin der LINKSFraktion im Bundestag.

Den Startschuss für den Abend gab ein fast 30minütiger, die Augen öffnender Film der ARD-Redaktion „Monitor“. Er machte die ganze Problematik des in Vorbereitung befindlichen Handelsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union deutlich, mit dem viele Aspekte unserer Demokratie bedroht werden. Seit Monaten verhandeln Technokraten der EU-Kommission und Wirtschaftslobbyisten im Geheimen. Ziel dieser Geheimgespräche ist es, einen gemeinsamen Freihandelsraum zu schaffen, in dem für die großen internationalen Konzerne die besten Bedingungen für maximalen Profit geschaffen werden. Fakt ist: Tritt die **TIPP** (Transatlantic Trade and Investment Partnership) in Kraft, werden in Deutschland und Europa mühsam erkämpfte Rechte, Standards und Schutzmechanismen über Bord geworfen. Im kommenden Jahr soll die TIPP unterschriftsreif sein.

Caren Lay machte in ihren Ausführungen deutlich, dass weder das EU-Parlament, noch der Deutsche Bundestag wesentliche Mitspracherechte haben werden, wenn es um die Einführung des über 1.500seitigen Regelwerkes gehen werde. Mitglieder des Bundestages erhalten nur gefilterte und als höchst vertraulich eingestufte Informationen.

Was will DIE LINKE anstelle der TIPP:

- wirkliche Transparenz und demokratische Mitbestimmung
- weitreichende Arbeitsrechte und sichere Arbeitsplätze bei guten Löhnen
- kein Sozial- und Lohndumping, keine Sonderrechte für Unternehmen
- einen besseren Umwelt- und Naturschutz
- hohe Qualitätsstandards und deren effektive Kontrolle
- eine strikte Regulierung der Finanzbranche
- einen starken Verbraucherschutz, keine weiteren Liberalisierung
- Gesundheit darf nicht zur Ware werden
- öffentliche Beschaffung und Auftragsvergabe
- Schaffung regionaler Wirtschaftskreisläufe mit kommunalen Unternehmen
- kulturelle Vielfalt und den kostengünstigen Zugang zu Kulturgütern
- keine flächendeckende Schnüffelei von Geheimdiensten
- Verbot von Waffenexporten und Beendigung von Kriegen

„Als Friedenspartei auch das Völkerrecht verteidigen...“

von Sabine Pester

Etwas mehr als 40 ZuhörerInnen nahmen an der Diskussionsrunde „Die Kriege in Syrien, Irak und der Ukraine - Antworten der LINKEN“ in Mittweida teil. Kein einfaches Thema, dafür aber umso interessanter und unterschiedlicher die Meinungen.

Als Referent konnte der Ortsverband der LINKEN den Bundestagsabgeordneten Michael Leutert gewinnen, welcher Mitglied im Haushaltsausschuss und dort für die Bereiche des Verteidigungs-, Außen- und Entwicklungshilfeministerium zuständig ist. Dadurch hat er einen guten Einblick, was der Bund alles in Hinblick auf die globalen Krisenherde macht bzw. was nicht.

Zu Beginn erläuterte Michael Leutert die aktuelle Lage in den verschiedenen Staaten und betonte noch einmal, dass die Konfliktherde alle nah an Europa sind und in Bezug auf den IS es auch um die Frage der inneren Sicherheit geht. Derzeit ist kein klares Handlungsmuster der einzelnen Staaten erkennbar, was die Konflikte nochmal zusätzlich anheizt. Daher appellierte er, dass die UNO wieder ihrem eigentlich Sinn als internationale Einsatztruppe zum Zuge kommt. Dies wird aber derzeit u.a. im Sicherheitsrat durch Russland mit blockiert.

Auf die Frage, wie denn DIE LINKE als „Friedenspartei“ hier reagieren soll, machte Michael Leutert klar, dass man als Friedenspartei natürlich auch in der Verpflichtung ist, dass Völkerrecht zu verteidigen. Und dieses wurde in den letzten Jahren mehrmals in verschiedenen Regionen der Welt gebrochen. Zuletzt in der Ukraine. Ein reines Schwarz-Weiß-Denken hilft bei den aktuellen Konflikten und Kriegen nicht weiter. Man darf nun mal nicht wegsehen, wenn die Zivilbevölkerung misshandelt und ermordet wird. Ob ein Waffeneinsatz dann immer die richtige Lösung ist, muss jeweils im einzelnen Fall entschieden werden. Die erste Lösung wäre natürlich, mehr Geld in Flüchtlings- und Entwicklungshilfe-Projekte zu stecken und den Export von Klein- und Großwaffen sofort zu verbieten. Aber da gibt es seitens des Bundes derzeit kein Signal des Umdenkens. Und auch die UN sollte, nach Meinung von Michael Leutert, umstrukturiert werden. Derzeit werden so gut wie alle nötigen Einsätze aus wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen von dem einen oder anderen Mitglied des Sicherheitsrates blockiert. Hier sollte, sobald das Völkerrecht gebrochen wird, ein Automatismus einsetzen und UN-Truppen in die jeweiligen Gebiete zum Schutz der Zivilbevölkerung entsandt werden – unabhängig von der Meinung einzelner UN-Mitglieder.

Die anschließende Diskussion wurde dann noch einmal sehr spannend. Es ging um die Frage nach „gerechten Kriegen“, wann kann man von Völkerrechtsbruch reden, gibt es eine gute und eine schlechte Seite im Ukraine-Konflikt oder wie sollte man gegen den IS vorgehen. Nicht alle gingen mit der gleichen Meinung aus dem Veranstaltungssaal, aber alle informiert.

Eine meiner vielen Besuchsreisen auf den „Spuren der Romanik“ führte mich - nach früheren Besuchen der so genannten Kaiserdome in Mainz, Speyer und Worms und natürlich von Aachen, Köln und Trier mit den historischen Sehenswürdigkeiten - kürzlich auf die Klosterinsel Reichenau im Bodensee, gern auch als „Wiege der abendländischen Kultur“ bezeichnet. Da bot es sich an, unseren Partnern von der LINKEN vom Kreisverband Ulm/Alb-Donau-Kreis einen Kurzbesuch abzustatten und mit ihnen über die weitere Entwicklung unserer Zusammenarbeit zu reden. Dabei hatte ich zunächst nicht bedacht, dass der von mir vorgeschlagene Sonntag, der 16. November, der Volkstrauertag war und viele unserer Ulmer Genossinnen und Genossen aus diesem Anlass einer festliche Veranstaltung der Stadt Ulm beiwohnten. Kurz entschlossen nahm ich den Vorschlag an, an dieser Veranstaltung und der nachfolgenden Eröffnung einer Sonderausstellung zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der Stadt Ulm teilzunehmen. Und ich kann ehrlichen Herzens sagen, dass ich sehr beeindruckt war. Meine Gedanken um eine neue Erinnerungspolitik und Erinnerungskultur in Ulm und anderswo sollen zum Nachdenken anregen.

Wenige Tage vor meinem Aufenthalt in Ulm setzte ich die **Erklärung von Katja Kipping, Bernd Riexinger und Gregor Gysi** in das November-Heft der LinksWorte. Sie stand **unter der Überschrift „Brücken bauen - Zeit für eine neue Erinnerungspolitik“** und hatte die Bewertung des 25. Jahrestages des Falls der Berliner Mauer und der gewaltfreien Öffnung der innerdeutschen Grenze zum Anlass. In dieser Erklärung ging es auch um eine Auseinandersetzung mit der vorherrschenden „offiziellen“ Erinnerungskultur an die vergangene DDR.

Und jetzt Ulm! Ich war, wie gesagt, am Volkstrauertag dort. Die jährliche Veranstaltung der Stadt aus diesem Anlass findet in einer KZ-Gedenkstätte statt. Dort, im Reduit-Gebäude des gewaltigen „Fort Oberer Kuhberg“ der 1842 bis 1857 erbauten Bundesfestung Ulm, errichteten die Nazis 1933 das erste Konzentrationslager des Landes Württemberg. Vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten, aber auch drei katholische Pfarrer, waren hier eingekerkert. Obwohl überlebende Häftlinge sich seit 1948 um den Aufbau einer Gedenkstätte bemühten, konnten erste konkrete Schritte erst in den 70er Jahren umgesetzt werden. Ein heute 400 Mitglieder umfassender Trägerverein wurde 1977 gegründet, die erste Dauerausstellung im heutigen Dokumentationszentrum im Jahr 1985 eröffnet, eine zweite im Jahr 2001.

In diesem Jahr war die offizielle Ulmer Veranstaltung zum Volkstrauertag verbunden mit der Eröffnung einer bis zum 31. Oktober 2015 laufenden Sonderausstellung im KZ-Dokumentationszentrum. Sie steht unter der

Überschrift „Erinnern in Ulm - Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus“.

Die Ausstellung - so die offizielle Ankündigung - „zeigt erstmalig, wie in der lokalen Politik, Justiz und Gesellschaft mit Schuld und Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen umgegangen wurde. Sie beschreibt die Situation von Opfern und Tätern und fragt danach, was von wem erinnert, aber auch verschwiegen wurde. Im historischen Längsschnitt entfaltet sich ein konfliktreicher und nicht immer gradliniger Weg zu einer demokratischen Erinnerungskultur.“ Und diesem Anspruch wird die Ausstellung gerecht. Sie zeigt beeindruckend und bedrückend zugleich, wie die anfänglich strikte Entnazifizierungspolitik der Amerikaner aufgeweicht, wie in der Verdrängungsgesellschaft der 50er Jahre der Ruf nach einem „Schlussstrich“ unter die Vergangenheit immer lauter wurde, wie sich viele der ehemaligen Täter in einem Klima von Wiederaufbau und Kaltem Krieg integrieren konnten und die Opfer mit gewaltigen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Erst Anfang der 60er Jahre forderte, zunächst eine winzige Minderheit, einen kritischen Umgang mit der jüngeren Vergangenheit ein. Ab 1968 begann, mit neuen politischen Akteuren, eine kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Interessant, dass noch in dieser Zeit mit **Hans Filbinger** ein CDU-Politiker Ministerpräsident in Baden-Württemberg sein konnte, der als Marinerichter im Nazi-Deutschland bis 1945 Todesurteile fällte.

Ulms **Oberbürgermeister Ivo Gönner** (SPD) bekannte in seiner Festansprache mit Blick auf das Ausstellungskonzept, dass sich erst jetzt, fast 70 Jahre nach dem Zusammen-



Einige der Ulmer Genossen mit ihrem Gebinde zu Ehren der teuren Toten am Volkstrauertag: **Remo Fazzini** (Zeugwart), **Uwe Peikert** (gemeinsam mit **Doris Schiele** in diesem Jahr in den Gemeinderat der Stadt Ulm gewählt), **Hans Then-Diaz** (Kassenwart) und **Veselin Lizov**. (von links)

bruch des nationalsozialistischen Regimes, eine wirklich **neue Qualität der Erinnerungsarbeit und Erinnerungskultur in der Stadt Ulm** Bahn gebrochen habe. Übrigens: auf der Veranstaltung wurden gleichermaßen Kommunisten, Sozialdemokraten und katholische Pfarrer gewürdigt, die sich den Faschisten entgegenstellten. Den Abschluss bildete traditionell der gemeinsame Gesang der „Moorsoldaten“. Als Mitglied der LINKEN hätte man sich vom Oberbürgermeister zwar auch ein klares Wort zu NPD und AfD gewünscht, aber der Gesamtrahmen hat mich schon beeindruckt.

Zurück zum Ausgangspunkt: Natürlich stehen die grausamen Verbrechen des faschistischen Regimes einerseits und begangenes Unrecht in der DDR andererseits auf völlig unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen. Aber wie sich in den westlichen Bundesländern eine neue Erinnerungskultur gegenüber dem Nazi-Regime schrittweise Bahn bricht, sollte eine solche auch in den östlichen Bundesländern zur Geschichte der DDR durchgesetzt werden. Zumal die PDS mit ihrem klaren Bruch mit dem Stalinismus dazu bereits auf dem Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 den Grundstein gelegt hat.



Die **Stadt Ulm** hat ca. 119.000 Einwohner. Erstmals urkundlich erwähnt wurde sie im Jahr 854, später war Ulm Königspfalz und Freie Reichsstadt. Mitte des 19. Jahrhunderts war die Bundesfestung Ulm das größte Festungsensemble Deutschlands. Das weithin sichtbare Wahrzeichen von Ulm ist das gotische Münster mit dem höchsten Kirchturm der Welt (162 Meter). Die mittelalterliche Altstadt wurde am 17. Dezember 1944 durch Luftangriffe weitgehend zerstört. Große Kinder der Stadt Ulm waren z.B. Sophie Scholl und Albert Einstein. In den 55 Städten und Gemeinden des **Alb-Donau-Kreises** leben ca.

188.000 Einwohner. Größte Stadt ist die „Bierkulturstadt“ Ehingen an der Donau.

Den Oberbürgermeister in Ulm stellt mit Ivo Gönner die SPD. Im 39-köpfigen Gemeinderat sind CDU (9 Sitze), SPD (8) und Grüne (7) am stärksten vertreten. Im Ergebnis eines engagierten Wahlkampfes des **Kreisverbandes Ulm /Alb-Donau** konnte **DIE LINKE** am 25. Mai mit 4,2 Prozent der Stimmen zwei Sitze im Gemeinderat erringen (vorher ein Sitz).

Im Kreistag des Alb-Donau-Kreises dominieren CDU und Freie Wähler. DIE LINKE stellte sich nicht zur Wahl. Zu den Kommunalwahlen wurden in Wiblingen und Ehingen Wenzelstein teils zweistellige Ergebnisse erreicht.

von unserem Redaktionsmitglied
Sabine Lauterbach,
Kreisrätin für DIE LINKE

Leider lag der Redaktionsschluss dieser Ausgabe vor dem Kreistag, der am 10.12. 2014 stattfindet. Aus diesem Grund möchte ich heute über Kreisangelegenheiten berichten, die in den Ausschüssen behandelt wurden und nicht in den Kreistag kommen.

Der **Ausschuss für Umwelt und Technik** befasste sich mit einem Grundstückstausch zwischen der Stadt Mittweida und dem Landkreis Mittelsachsen.

Dazu eine Zwischenbemerkung zum Thema „Immobilien“: Unser Landkreis ist Eigentümer einer Unzahl von Immobilien.

Das von unserer Fraktion bereits zum Kreistag 2010 (mithin vor genau vier Jahren!) geforderte Immobilienkonzept ist durch die Landkreisverwaltung immer noch nicht realisiert worden. Die vorerst letzte Meldung von Seiten des Landratsamtes war, dass es in Arbeit wäre und im Februar/März des Jahres 2013 vorliegen solle. Das ist jetzt mehr als anderthalb Jahre über der Zeit. Wir hoffen, dass im Zuge der Eröffnungsbilanz nun endlich etwas geschieht. Aber auch die Eröffnungsbilanz zieht sich immer mehr in die Länge. Es kann sein, dass durch die Situation des Schlosses Wechselburg die Bewertung erschwert ist. Dies darf aber keine Ausrede sein, für das Nichterbringen des geforderten Konzeptes.

Nun zum eigentlichen Thema. Der Landkreis besitzt ein Gelände im innerstädtischen Bereich von Mittweida (Lutherstraße 1). Das Gelände hat eine Größe von 4.291 m² und ist mit zwei massiven Gebäuden bebaut. Eins der Gebäude ist in Teilbereichen abrisssreif. Die Immobilie wird nicht durch das Landratsamt genutzt, sonder ist an

die Hochschule Mittweida vermietet. Die Kosten für den notwendigen Abriss würden sich lt. Gutachter auf 47.000 Euro belaufen. Der Verkehrswert, in welchem die Abrisskosten bereits berücksichtigt wurden beläuft sich auf 143.000 Euro.

Die Stadt Mittweida möchte dieses Grundstück erwerben, um die innerstädtische Entwicklung fortzuführen. Die Stadt Mittweida besitzt am Standort des Landratsamtes ein Areal, welches 43.564 m² groß ist. Es ist bebaut mit fünf massiven Gebäuden, die teilweise unter Denkmalschutz stehen. Zwei der Gebäude sind saniert und stehen dem Freistaat Sachsen bis 2042 zur kostenfreien Nutzung zur Verfügung. Die drei anderen Gebäude stehen leer und sind nicht saniert. Hierdurch entstehen Kosten durch die Verkehrssicherungspflicht. Landkrei-



Erneut müssen wir auf die „Bildkonserve“ zurückgreifen, um etwas winterliche Atmosphäre in die LinksWorte zu bringen. Unsere Aufnahme vom Schloss Rochlitz wurde am 12.12.2012 „geschossen“. Die Wetterstation Chemnitz meldete für diesen Tag eine Schneedecke von 42 Zentimeter. Im Vorjahr fiel der Winter bekanntlich fast vollständig aus, für den Winter 2014/2015 wurden die ersten Schneeflocken am 3. Dezember gesichtet, genau am Tag des Redaktionsschlusses dieser Ausgabe.

seigene Grundstücke befinden sich in unmittelbarer Nachbarschaft.

Der Verkehrswert beläuft sich lt. Gutachter auf 146.000 Euro. Der Landkreis möchte seine bereits vorhandenen Flächen am Verwaltungsstandort arrondieren und diesen bei Bedarf (z.B. zusätzliche Arbeitsplatzkapazitäten, Kfz-Stellplätze) weiterentwickeln.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik hat diesem Grundstückstausch zugestimmt.

Verwaltungs- und Finanzausschuss

Nachdem in dieser Legislatur bereits zwei Petitionen eingegangen sind, ist man sich einig, dass man sich neu einstellen muss, wie künftig mit Petitionen umgegangen wird. Rein formell gehören Petitionen in den Verwaltungs- und Finanzausschuss. Jedoch ist es denkbar, dass künftig ein Vertreter der Einbringen von Petitionen das Rederecht im Ausschuss erhält. Dies bedarf jedoch einer Änderung in der Geschäftsordnung des Kreistages und seiner Ausschüsse.

Mehrausgaben im Bereich der Jugendhilfe wurden im Jugendhilf-

- Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII

In dem Haushaltsplanansatz war von einem Haushaltsrisiko in Höhe von 200.000 Euro ausgegangen. Verursacht zum einen durch die tarifbedingten Kostensteigerungen im Jahr 2014, welche sich auch auf die Angebote der leistungserbringenden Träger der freien Jugendhilfe auswirken. Zudem sind Ersatzansprüche weiterer Jugendämter (Zuzug aus anderen Landkreisen) durch nicht planbare Zuständigkeitswechsel in Höhe von 535.000 Euro zu nennen.

„Im Produkt 363301 - **Hilfen zur Erziehung** - verzeichnet das Jugendamt steigende Bedarfe in allen Bereichen. Die aktuell erforderlichen Mehraufwendungen liegen insbesondere in den Leistungsbe- reichen der sozialpädagogischen Familienhilfe, der flexiblen Hilfen zur Erziehung, wie aktivierende Familienhilfe und integrative Familienbegleitung und Vollzeitpflege. Die Jugendhilfe ist

zunehmend mit Familiensystemen konfrontiert, die ihre Betreuungs- und Erziehungsaufgaben nicht adäquat bewältigen und umfangreicher Unterstützung bedürfen. Insbesondere junge Familien sind heute schlechter in der Lage, die Grundbedürfnisse ihrer Kinder zu erkennen und zu befriedigen. Sie benötigen umfangreiche Anleitung zur eigenen Nachreifung bei parallel erforderlicher Entwicklungsförderung der Kinder. Trotz aller Bemühungen gibt es dennoch Situationen, wo eine befristete oder

dauerhafte Fremdunterbringung in einer anderen Familie zur Abwendung von Kindeswohlgefährdungen erforderlich wird. Parallel sind bei allen Betreuungsformen außerhalb der Herkunftsfamilie unter Maßgabe einer positiven Prognose weitere befähigende Maßnahmen für die Eltern erforderlich, um eine Rückkehr der Kinder zu ihren Eltern zu ermöglichen.

eausschuss sowie im Verwaltungs- und Finanzausschuss beraten und bewilligt.

Der Mehrbedarf beläuft sich auf 942.600 Euro. Verursacht wurde er durch die Bereiche:

- Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie
- Hilfen zur Erziehung
- Hilfen für Volljährige
- Inobhutnahme

kurz vorgestellt: der neue fraktionschef gottfried jubelt

Im Produkt 363401 - **Hilfen für junge Volljährige/Inobhutnahmen/Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII** - steigen die Bedarfslagen besonders bei den Kindern und Jugendlichen, die aufgrund medizinischer Diagnose und festgestellter Teilhabebeeinträchtigung von seelischer Behinderung bedroht sind. Betroffene Eltern, aber auch stationäre Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, sind zunehmend damit konfrontiert, dass die Schulen ohne zusätzliche Einzelfallhilfen über die Eingliederungshilfe nicht bereit sind, die Kinder überhaupt zu beschulen. Damit steigen die Bedarfe an Maßnahmen zur Sicherung der Teilhabe an schulischer Bildung und stellen einen immensen Kostenfaktor für den Landkreis dar. Jugendliche weisen zudem heute mit 18 Jahren im Vergleich zu früher überwiegend verzögerte Entwicklungsverläufe bis hin zu seelischen Störungen auf, so dass auch in diesem Bereich steigende Unterstützungsbedarfe vorhanden sind, um die jungen Menschen überhaupt auf den Weg in ein selbständiges und eigenverantwortetes Leben zu bringen. Die Deckung erfolgt aus Mehrerträgen/Mehreinzahlungen und Minderaufwendungen/Minderzuschüssen im Bereich Jugend und Familie sowie aus allgemeinen Zuweisungen.“ (Auszug aus der entsprechenden Vorlage).

Am 26. November 2014 fand die **Haushaltsdiskussion in der Fraktion** statt. Unser Gast war wie in den vergangenen Jahren auch Herr Andreas Müller von der Finanzverwaltung des Landratsamtes. Herr Müller erläuterte an Hand einer Präsentation die Fortschreibung des Haushaltsplanentwurfes. **Zudem hat die Fraktion im Vorfeld einen Fragenkatalog zum Haushalt erarbeitet.** Diese Fragen wurden von der Verwaltung schriftlich beantwortet. Auffallend ist die Steigerung bei den Verwaltungskosten. Dies wurde mit der Tarifsteigerung im öffentlichen Dienst und mit Mehraufgaben, übertragen durch Bund und Land, begründet.

Über die Kreistagssitzung vom 10. Dezember und die Wertung ihrer Ergebnisse aus der Sicht unserer Fraktion werden wir im Januar-Heft der LinksWorte ausführlich informieren.

von Hans Weiske

Nach einigen anfänglichen Turbulenzen im Ergebnis der Kommunalwahlen im Mai, an denen die „LinksWorte“ leider nicht ganz unbeteiligt waren, ist Ruhe in der Fraktionsarbeit eingezogen. Der Blick auf die Sacharbeit im Kreistag hat in der 16-köpfigen Fraktion der LINKEN (in der vergangenen Legislatur waren es drei mehr) die Oberhand gewonnen. Zum neuen Fraktionsvorsitzenden wurde **Gottfried Jubelt** aus Augustus-

Brand-Erbisdorf, Freiberg und Flöha infolge der Kreisgebietsreform im Jahr 1994 zum neuen Kreisverband Freiberg zusammenwachsen. Gottfried imponierte mir von Anfang an: Geradlinig, hartnäckig, manchmal auch etwas stur vertrat er stets seinen politischen Standpunkt und machte auch keinen Hehl daraus, wenn der einmal nicht auf der Linie des „politischen Mainstreams“ in der PDS, später der LINKEN lag. Dabei kommen beim Menschen „Gottfried Jubelt“ zwei untrennbar miteinander verbundene Seiten zum Tragen, die ich im folgenden etwas charakterisieren möchte.

erwarb, in dem er seitdem lebt. Er brachte es bis zum stellvertretenden Leiter des Fachorgans für Land- und Nahrungsgüterwirtschaft im Rat des Kreises Flöha. Nach der politischen Wende arbeitete er als landwirtschaftlicher Fachberater für ein West-Unternehmen, ehe er sich 2001 als Agrarberater selbständig machte.

Gottfried Jubelt - ein politisch links denkender und handelnder Mensch mit Leib und Seele

Gottfried Jubelt war immer ein „politischer Fachmann“. Da blieb es nicht aus, dass er zu DDR-Zeiten auch der



*Seinen Besuch in der neuen Kreisgeschäftsstelle in Freiberg, Lange Straße 34, verband der neue Fraktionsvorsitzende der LINKEN im mittelsächsischen Kreistag, **Gottfried Jubelt**, mit einem Gespräch mit den beiden „guten Geistern“, welche die Kreisgeschäftsstelle „managen“: Mit der Geschäftsstellen-Leiterin **Ruth Fritzsche** und der Finanz-Sachbearbeiterin **Brigitte Hübler**.*

tusburg gewählt, zu seinen beiden Stellvertretern **Petra Steidten** aus Lichtenau und **Peter Krause** aus Roßwein. Auf dem Kreisparteitag am 9. Dezember (nach Redaktionsschluss) hat Gottfried seine „Antrittsrede“ gehalten.

Als der Gang der Dinge meine Familie im Jahr 1997 von Chemnitz nach dem idyllischen Falkenau verschlug, war das auch der Beginn meiner Bekanntschaft mit Genossen Gottfried Jubelt. Das passierte in der Region Flöha in einer Zeit, da die ehemaligen PDS-Kreisverbände

Gottfried Jubelt - ein Landwirt vom Scheitel bis zur Sohle

Geboren 1950 in Werdau, machte Gottfried nach der Schule fast alle denkbaren Qualifizierungsschritte in der Landwirtschaft durch: Facharbeiter für Pferdezucht, Besuch einer Agraringenieurschule im „hohen Norden“ der DDR und schließlich Erwerb des Diploms an der LPG-Hochschule Meißen. 1973 verschlug es ihn nach Großwaltersdorf und dann an die LPG Tierproduktion in Flöha. Hier lebte Gottfried Jubelt bis 1998, ehe er das Haus im Herzen Augustusburgs

richtige Mann für die „Kampfreserve der Partei“ war.

Nach der Wende wurde Gottfried Fraktionschef der PDS im Stadtrat Flöha. Seit seinem Umzug nach Augustusburg ist der dort Abgeordnete für DIE PDS/LINKE. Seit 1999 sitzt er für DIE LINKE fast ununterbrochen im Kreistag Freiberg bzw. Mittelsachsen.

Sein Credo als Fraktionsvorsitzender fasst Gottfried Jubelt in zwei kurzen Sätzen zusammen:

- eine starke Opposition zu sein,
- die Interessen unserer Wähler und der Bürger vertreten.

die linke auf zukunftskurs - „linke woche der zukunft“ im april

Der Parteivorstand der LINKEN befasste sich auf seiner Beratung am 29. und 30. November u.a. mit der Solidarität mit den Flüchtlingen - u.a. mit einem gemeinsamen Foto - siehe das untere Bild - und setzt sich im Beschluss „**Flüchtlinge willkommen - Rassismus und Neofaschismus gemeinsam entgegentreten**“ mit den antimuslimischen und rechtskonservativen Zweckbündnissen u.a. in Dresden intensiv auseinander. In ihrer Funktion als Mitglied des Parteivorstandes gab auch **Marika Tändler-Walenta** eine Erklärung zum rassistischen PEGIDA-Protest ab.

Eine kontroverse Diskussion gab es zu dem letztendlich mit klarer Mehrheit gefassten Beschluss „**Es gibt keine Gewissheiten, aber immer Alternativen**“ zum Herbst 1989. Der Parteivorstand gab eine **Erklärung** ab, in welcher die programmatischen Grundsätze der LINKEN im **Kampf gegen Antisemitismus** bekräftigt werden.

In unserer Oktober-Ausgabe haben wir den Aufruf von Katja Kipping und Bernd Riexinger zur **Vorbereitung eines Zukunftskongresses** der LINKEN im April 2015 veröffentlicht. Der Parteivorstand hat auf seiner jüngsten Tagung ein umfassendes Publikationskonzept verabschiedet, mit welchem die Planungen für diesen Zukunftskongress in eine „**linke woche der zukunft**“ eingebracht werden, an welcher weitere Partner_innen beteiligt sein werden.

Nebenstehend formuliert unser Redaktionsmitglied Marika Tändler-Walenta, Mitglied des Parteivorstandes, ihren persönlichen Standpunkt zum Zukunftskongress als Hauptpunkt der „linken woche der zukunft“.

von Marika Tändler-Walenta

Am 18./19. Oktober 2014 hat der Bundesparteivorstand bekanntlich die Durchführung eines Zukunftskongresses vom 23.-26. April 2015 in Berlin beschlossen. Ziel soll dabei die Auseinandersetzung um die Frage sein, um welche Zukunft wir kämpfen? Dazu wollen wir einen strukturierten und strukturierenden Prozess starten. Es sollen Gelegenheiten geschaffen werden, Schlussfolgerungen für die eigene Politik zu ziehen, sowie Fragen nach praktischen Ansätzen zu stellen.

Als Linke schwebt mir natürlich ein anderes Gesellschaftsmodell vor, ich möchte in einer Zukunft der Solidargemeinschaft leben. Unser Modell der Produktion beruht auf den Säulen der Exportmaximierung und der Prekarisierung, der ökologischen Ausbeutung und der Verschärfung der Widersprüche von arm und reich. Es ist nicht zukunftsfähig. Dennoch glaube ich nicht an die Revolution der Massen, auch wenn ich sie mir wünschen würde. Vor dem Hintergrund einer Umfrage vor der sächsischen Landtagswahl, bei welcher 75% angegeben haben mit der wirtschaftlichen Situation zufrieden zu sein, scheint ein solches Aufbegehren auch nicht wahrscheinlich. Dennoch benötigen wir einen Anschlag von LINKS. Als ich zurück nach Mittelsachsen gekommen bin, aber auch aufgrund der vielen Berufsbiografien in meiner Familie, stellte ich schnell fest, dass den Sächsischen und Sachsen etwas Grundlegendes fehlt - die Zukunftphantasie. Die verschiedenen Berufsbiografien, als auch Lebensbiografien, sind gebrochen mit Langzeitarbeitslosigkeit und persönlichen/familiären Einschnitten.

Vieler dieser Menschen wurden nach

1990 nicht aufgefangen, sondern im Gegenteil mit den staatlichen Sanktionsmechanismen gebrochen. Als mit der Agenda 2010 diese verschärft wurden, war für viele das Maß voll und so kam es zu bundesweiten Demonstrationen. Der Einzelne hatte den Mut ins Kollektiv zu gehen und Unterstützung zu finden. Auch wenn sich die wirtschaftliche Situation auf den ersten Blick zufriedenstellend entwickelt hat, lohnt es sich dennoch hinter die Fassade zu schauen. Wie sieht die aktuelle Situation in Mittelsachsen aus? Die Löhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeiter entsprechen nicht dem Vergleichsniveau der westlichen Bundesländer. Die Rente entspricht nicht der Rentenansprüche, die in den alten Bundesländern erreicht werden. Die Spirale dreht sich weiter. Auch durch den Mindestlohn von 8.50 Euro wird zukünftig nicht vor Altersarmut geschützt. Der Mindestlohn steht in Sachsen vor massiver Kritik, aber nicht weil er zu hoch ist, sondern weil die Bedingungen von 25 Jahren CDU-Politik dafür gesorgt haben, dass die Kleinst- und Mittelständischen Unternehmen zum Selbsterhalt wirtschaften. Aber auch abseits des Arbeitsalltags finden wir dramatische Entwicklungen. Die hohe Kinderarmut, besonders von Alleinerziehenden, ist ein Symbol für unseren Umgang mit der nächsten Generation: zerstörte Umwelt und kaum Ansätze für eine nachhaltige Produktion, Mobilität, Energiegewinnung. Eine marode öffentliche Infrastruktur, Schulen, in denen es durchs Dach regnet und ein Bildungssystem, das soziale Ungleichheiten vertieft, statt sie auszugleichen - und eine Politik, die dies als Fortschritt preist; unser Sparen wird die kommenden Generationen noch teuer zu stehen kommen. Dieser Zukunftskongress stellt Fragen, um Antworten zu finden, stellt Themen in den Mittelpunkt die viele lieber verdrängen: Um welche Zukunft kämpfen wir?

über die fortsetzung einer aktion in geringswalde

es berichtet unser Redaktionsmitglied robert sobolewski

Hä, was sind denn eigentlich die „Eichberg - Familien“?

Im Herbst diesen Jahres mussten acht Wohnungen am Geringswalder Eichberg geräumt werden. Der Grund dafür ist sehr unmenschlich: Die Immobilienfirma „ESSDA“ hat einfach drei sanierungsbedürftige Häuser abgestoßen.

Dumm nur, dass diese noch bewohnt wurden und auch noch teils von älteren Menschen.

Dies bedeutete kurz und knapp, dass innerhalb kurzer Zeit Strom, Wasser und Gas abgestellt wurden! Innerhalb kürzester Zeit mussten sich also die betroffenen Menschen eine neue Bleibe suchen und dies war teilweise mit hohen Kosten verbunden!!!

Es gab zwar schon eine großartige Solidaritätsaktion von verschiedenen BürgerInnen (Danke an alle Beteiligten!) was die Umzugshilfe betrifft, doch trotzdem bleiben die Kosten an den BewohnerInnen hängen.

WIR SAGEN NEIN! zu der gängigen Praxis, Profite vor Menschenleben zu stellen.

Darum wollen wir diese Menschen mit dem Gewinn für die Bilder (jedes ein Unikat!), welche Malermeister Werner Wittke gezeichnet hat, unterstützen.

Am 1. Adventswochenende hatten wir am Samstag von 13 Uhr bis ca. 19:30 Uhr und am Sonntag von 13:30 bis ca. 18:30 Uhr unseren Stand, gefüllt mit 50 Unikaten, offen für die BesucherInnen. Doch leider war nur wenig Kundschaft an unserem stand. Daraufhin machte Robert kurzer Hand eine Ansprache über das Mikrofon des Marktes, und erklärte die Situation warum wir diese Aktion machen. Doch die Resonanz darauf war auch nicht so riesig. Letztlich haben wir nur 8 Bilder verkauft und somit 356€ eingenommen.

Eigentlich muss davon noch 35€ Standgebühr und noch die Materialkosten für den Malermeister welche sich auf ca. 150€ belaufen abgezogen werden. Der Malermeister wür-



freiberger schülerinnen von [solid] besuchen das massenvernichtungslager auschwitz

1940 bis 1945: Die drei Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, Auschwitz und Auschwitz-Monowitz - kurz zusammengefasst als Konzentrationslager Auschwitz - wurden in der Nähe der Stadt Krakau am Westrand von Auschwitz errichtet. Zu dem Lagerkomplex gehörte auch eine Vielzahl von Neben- und Außenlagern in der Region. Die europaweit gefangenen Menschen (Juden, Sinti und Roma, ...) wurden per Bahn unter schrecklichen Bedingungen nach Auschwitz transportiert. Hier, so vermutet man, wurden mehr als 1,1 Millionen Menschen umgebracht, deshalb wurde der Name Auschwitz in der Nachkriegszeit ein Inbegriff des Holocaust. Am 27. Januar 1945 wurde das Lager durch die Rote Armee befreit. Wenn man heute einen Jugendlichen fragt, was er/sie alles über den Holocaust weiß, kommen zum Teil falsche oder ungenaue Aussagen. Das Thema Holocaust wird in der Schule kaum noch behandelt, und zum Teil lernen die Schüler in der Schule falsche Tatsachen. Das ist einer der Gründe, warum die Jugendlichen der Linksjugend Solid von 19. 23. Oktober 2014 mit dem Tee-Ei Freiberg' nach Auschwitz gefahren sind.

dert zu Österreich-Ungarn gehörte, hatte es einen großen Bahnhof erhalten, da die neue Bahnlinie Wien - Krakau mit dem Ziel gebaut wurde, Krakau ohne Nutzung deutscher Gleise mit der Bahn erreichen zu können. Dieser Bahnanschluss machte die rasche Konzentration von Juden aus vielen Gebieten Europas in Auschwitz möglich. Nach der Besetzung durch deutsche Soldaten war die Kaserne zunächst als Quarantäne- und Durchgangslager für verhaftete polnische Staatsangehörige aus dem neu gebildeten Oberschlesien geplant worden: Sie sollten als Zwangsarbeiter weiter nach Deutschland verschleppt werden. Die SS vermietete „ihre“ Häftlinge an Privatunternehmen, die sie als Zwangsarbeiter in zahlreichen Nebenlagern und Außenkommandos in der räumlichen Nähe einsetzten.

21.10.2014: Nach der Besichtigung des Stammlagers, stand für uns das Vernichtungslager Auschwitz-(II)-Birkenau als zweite Station auf dem Programm.

Dieses Lager wurde durch die deutschen Besatzer als eines der großen Vernichtungslager errichtet und benutzt. Hier wurden eine Million

Menschen, vor allem Juden, Sinti und Roma aus ganz Europa, insbesondere Polen, auf grausamste Weise ermordet. Am 26. September 1941 erhielt Rudolf Höß von Himmler den Befehl, ein zusätzliches Arbeitslager für zunächst 100.000 sowjetische Kriegsgefangene zu bauen. Daraus wurde 1942 das Vernichtungslager. Das etwas abseits stehende „Rote Haus“ wurde am 20. März 1942 erstmals für Vergasungen benutzt. Das umgerüstete „Weiße Haus“ diente ab Mitte 1942 als Gaskammer. Ab dem ersten Halbjahr 1943 gingen die vier neu errichteten Krematorien in Betrieb, die im Untergeschoss die großen Gaskammern des Lagers enthielten. Teile des 170 Hektar umfassenden Vernichtungslagers wurden Lagerblöcke (A, B, C etc.) genannt; sie waren nacheinander Haftort für verschiedene Opfergruppen. Es gab auf der rechten Seite (vom Eingang her gesehen) Holzbaracken für die Frauen und Kinder unter 14 Jahren. Auf der linken Seite befanden sich Ziegelbaracken für die Männer.

22.10.2014: Am letzten Tag unseres Aufenthalts in Polen besuchten wir die Stadt Krakau. Im Polenfeldzug wurde Krakau am 6. September

1939 von der deutschen Wehrmacht besetzt. Westgalizien wurde Bestandteil des Generalgouvernements für die besetzten polnischen Gebiete mit Sitz in Krakau. Unter Generalgouverneur Hans Frank wurden in Stadtnähe die berühmtesten Konzentrationslager Plaszow, Auschwitz und Auschwitz-Birkenau errichtet. 1941 errichteten die deutschen Besatzer im Stadtteil Podgórze am rechten Weichselufer für jüdische Stadtbürger das Ghetto Krakau, in dem zeitweise 20.000 Menschen als Arbeitsklaven gefangen gehalten wurden. Im Herbst 1941 wurden 2000 Menschen aus dem Ghetto für die Tötung „selektiert“, weggebracht oder vor Ort ermordet.

Nadine M., Freiburger Mitglied von [solid], schrieb dazu Folgendes: „Die Fahrt hat mir sehr gut gefallen. Neben doch auch fröhlichen Momenten in unserer Gruppe, habe ich dabei aber vor allem erfahren, was wahrer Schmerz bedeutet. Ich möchte euch alle daran erinnern, dass Millionen unschuldige Menschen in Auschwitz starben. Sie mussten sterben wegen des Hasses, der Wut und des Schweigens. Ich möchte, dass so etwas nie mehr geschieht, und deshalb rufe ich euch auf, nicht mehr zu schweigen!“

20.10.2014: Am ersten Tag besuchten wir das Stammlager Auschwitz (auch Auschwitz I genannt). Es war das erste Konzentrationslager am Ort und diente als Verwaltungszentrum des gesamten Lagerkomplexes (daher auch die Bezeichnung Stammlager Auschwitz). Unter der Leitung von Reichsführer-SS Heinrich Himmler wurde es am 27. April 1940 fertig gestellt. Das Stammlager wurde in einer ehemaligen polnischen Kaserne untergebracht, hauptsächlich wegen deren verkehrstechnisch günstiger Lage: Als Auschwitz im 19. Jahrhun-



de allerdings weitestgehend darauf verzichten, daher ist momentan unsere Überlegung die Standgebühr und nochmal ca. 65€ für das Material von uns zu übernehmen.

Wir werden nochmal eine kleine Verkaufsaktion am 12.12. in der Harthar Mittelschule machen, und hoffen dass dort auch noch ein bisschen Geld rum kommt.

Zudem spendet jeder Stadtrat aus unserer Fraktion je ein Sitzungsgeld.



Andrea Däumler und Robert Sobolewski vom Ortsverband Geringswalde der LINKEN mit Werner Wittke. Auch die „Freie Presse“ berichtete über die Aktion.



Nebenstehend sehen wir einen Ausschnitt aus dem im vergangenen Jahr in Chemnitz/Rabenstein enthüllten Denkmal des „Vaters der Nachhaltigkeit“ **Hans Carl von Carlowitz**. Geboren 1645 in Rabenstein, hat Carlowitz - der u.a. auch als Oberberghauptmann in Freiberg wirkte - den aus heutiger Sicht relativ eng gefassten Begriff der forstlichen Nachhaltigkeit geprägt. Inzwischen ist der Begriff der „Nachhaltigkeit“ im weitesten Sinne zu einem entscheidenden Faktor wirtschaftlicher Entwicklung geworden. Wir haben in unserer Serie an konkreten Beispielen aus Mittelsachsen bereits verschiedene Aspekte herausgearbeitet. Bevor wir im Januar die ehemalige Lateinschule in Freiberg in den Mittelpunkt des sechsten Beitrags unserer Serie stellen, kommt im Folgenden **Dr. Jana Pinka** aus Freiberg, die für DIE LINKE im sächsischen Landtag sitzt und dort für ihre Fraktion u.a. Sprecherin für Umweltpolitik und Ressourcenwirtschaft ist, zu Wort. Aus aktueller Sicht setzt sie sich mit dem Koalitionsvertrag von CDU und SPD auseinander, vor allem mit der Frage, ob die Rohstoff- und Energiepolitik der neuen sächsischen Staatsregierung dem Nachhaltigkeits-Gedanken wirklich gerecht wird.

die nachhaltigkeitsstrategie 300 jahre nach hans carl von carlowitz - jetzt in sachsen auf den stand der zeit bringen !

Im 300. Todesjahr von Hans Carl von Carlowitz, 2014, ist die Nachhaltigkeitsstrategie des Freistaates Sachsen 2 Jahre alt. 2013 feierte Sachsen - nämlich ihn, den Oberberghauptmann und sein Werk „Sylvicultura Oeconomica“. Und wenn man die Nachhaltigkeitsstrategie des Freistaates Sachsen liest, bemerkt man, dass sich die ehemalige Staatsregierung da gleich am Anfang sehr schön selbst ein Bein stellt, wenn Sie zunächst ausführt: „Nachhaltigkeit führte Carlowitz damals aus rein ökonomischer Notwendigkeit ein, ökologische Überlegungen waren seiner Zeit fremd“ - dann aber vollmundig erklärt: „Diesem Erbe von Carlowitz und der daraus abgeleiteten Verantwortung für kommende Generationen fühlt sich der Freistaat Sachsen verpflichtet.“ Zumindest diesen Lapsus sollte jetzt unsere neue Staatsregierung sofort tilgen.

Im neuen Koalitionsvertrag hat man sich dafür einiges vorgenommen, denn hier heißt es jetzt unter anderem: „Die Koalitionspartner stehen für eine Politik der Nachhaltigkeit, bei der die Interessen der Wirtschaft mit den Schutzbelangen der Umwelt und sozialen Aspekten in Einklang gebracht werden. Unsere Generation ist verpflichtet, Natur und Landschaft als Lebensgrundlage der Menschen für die künftigen Generationen zu erhalten.“

Der Oberberghauptmann hat tatsächlich in seinem bereits erwähn-

ten Werk erstmals die Weitsicht gehabt, dass ein über die Maßen hinausgehender Holzeinschlag dauerhaft zu Verlusteinbußen im Bergbau bzw. im Hüttenwesen zur Folge hat. Und er hat uns vor 300 Jahren auch die Botschaft hinterlassen, dass die Ökonomie der Wohlfahrt des Gemeinwesens zu dienen hat

gesellschaftliche Entwicklungen abzuschätzen.

Wie wird bzw. sollten nun in unserer Region die Interessen der Wirtschaft mit den Schutzbelangen der Umwelt und sozialen Aspekten in Einklang gebracht werden? Auch dafür gibt es im



Mit viel Sach- und Fachkompetenz für DIE LINKE im Sächsischen Landtag: Dr. Jana Pinka, Sprecherin für Umweltpolitik und Ressourcenwirtschaft.

und zu einem schonenden Umgang mit der gütigen Natur verpflichtet.

Allerdings wird auch häufig kritisiert, Carlowitz als den „Erfinder der Nachhaltigkeit“ zu bezeichnen, da sein Weitblick eben nicht darauf gerichtet war, retrospektive oder perspektive gesamttheitliche

Koalitionsvertrag auf Seite 39 einen guten Vorsatz der hoffentlich nicht in Vergessenheit gerät: „Die Koalition bekennt sich zur Bergbautradition des Freistaates Sachsen und wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass Sachsen von Erkundung, Förderung und Verwertung besonders profitiert.

..... Wir werden die Sächsische Rohstoffstrategie umsetzen und weiterentwickeln. Die Koalitionspartner unterstützen die weitere Vernetzung der sächsischen Rohstoffwirtschaft, wissenschaft und -verwaltung im Geokompetenzzentrum Freiberg e.V.“

Sachsen ist ein rohstoffreiches Bundesland. Neben Braunkohle, Steine und Erden, sind es heute die strategischen Metalle wie Seltene Erden (Storkwitz), Indium (Freiberg), Lithium (Zinnwald) oder wichtige Minerale, wie Fluss- und Schwerspat (Niederschlag), die im Interesse der Wirtschaft sind. Aber es ist auch die Zeit gekommen, Braunkohle nicht nur zu verfeuern, sondern einer chemischen Verwertung zuzuführen sowie alternative Energien sinnvoll, umweltverträglich, effizient und mit dem Mitspracherecht der Bevölkerung einzusetzen.

Sachsen hat neben den Rohstoffen dazu auch die Forschungseinrichtungen wie die 250-jährige TU Bergakademie oder das Helmholtz-Institut Freiberg für Ressourcentechnologie. Sachsen hat die geowissenschaftlichen Netzwerke wie das Geokompetenzzentrum in Freiberg - ein innovatives Netzwerk aus Wirtschaft, Wissenschaft und Behörden, das die Kompetenzen der Region in den Bereichen Geologie, Umwelt, Bergbau, Rohstoffgewinnung, Bergbausanierung und Recycling bündelt und dem über 40 Unternehmen mit mehr als 150 Mitgliedern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung mit Kompetenzen in allen Fragen der Rohstoffwirtschaft angehörend.

Nachhaltige Energiepolitik? Insbesondere stellt sich hier die Frage der Umweltgerechtigkeit - wer hat den größten Umweltnutzen, und wer trägt die meisten Umweltlasten, bzw. muss diese ertragen. Oftmals ist dies nicht im Gleichgewicht. Auch das ist ein Aspekt von „Nachhaltigkeit“, wenn sie dauerhaft funktionieren soll.

Man darf den Grundgedanken der modernen Nachhaltigkeit nicht von einer Diskussion der Gerechtigkeit trennen. Es sind doch die Fragen zu beantworten: Wie sollen Ressourcen innerhalb und zwischen verschiedenen Generationen verteilt werden, und was wollen wir zukünftigen Generationen hinterlassen?

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand traf sich am 17. November in der Kreisgeschäftsstelle zu seiner turnusmäßigen Beratung. Die Dezember-Sitzung des Kreisvorstands fand - nach Redaktionsschluss - am 8. Dezember statt.

Es wurden zu folgenden Themen beraten:

- **Eine umfassende Verständigung zu aktuellen politischen Vorgängen in der Bundes- und Landespolitik der LINKEN.** Der Kreisvorsitzenden Falk Neubert berichtete von der Konstituierung des Landtages und über seinen aktuellen Kenntnisstand zu den Koalitionsgesprächen Rot-Rot-Grün in Thüringen. Marika Tändler-Walenta wertete die Beratung des Bundesvorstandes der LINKEN aus, in welchem sie Mitglied ist. Ein wichtiges Thema dabei war die Haltung zur AfD und der konkrete Platz, auf dem diese im politischen Spektrum einzuordnen ist.
- **Der Finanzplan 2015 und die langfristige Finanzplanung (vor allem, was die finanzielle Sicherung des Wahlkampfes betrifft) bis 2019.** Der Schatzmeister Hans Weiske machte darauf aufmerksam, dass die Einnahmen durch die Mitgliedsbeiträge wegen der sinkenden Mitgliederzahlen weiter rückläufig sein werden, was auch in den Folgejahren zwangsläufig Auswirkungen auf die Ausgabensituation haben wird. Es wurde beschlossen, sich zulasten von anderen Sachausgaben künftig noch mehr auf Schwerpunkte der politischen Arbeit zu konzentrieren. Die Mittel für die politische Arbeit in den Ortsverbänden wurden um 50 Prozent erhöht. Was die Planung der Folgejahre betrifft, stehen im kommenden Jahr die Landrats- und Bürgermeisterwahlen (in der Mehrzahl der Städte und Gemeinden) an. In den Jahren 2016 und 2018 gibt es keine Wahlen, im Jahr 2017 wird ein neuer Bundestag gewählt. Im Jahr 2019 (auf welches man sich in finanzieller Sicht bereits von jetzt an einstellen muss) gibt es Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen. Es ist vorgesehen, die Kreistagswahlen 2019 aus Rücklagen zu finanzieren, die aus den Spenden der Kreistagsabgeordneten der LINKEN gebildet werden. Den Ortsverbänden wurde empfohlen, mit den Stadt- und Gemeinderäten analog zu verfahren.
- **Die Vorbereitung des Kreisparteitage am 9. Dezember als Gesamtmitgliederversammlung.** Dieser fand - nach Redaktionsschluss - bereits statt. Gewählt wurden die Delegierten des Kreisverbandes für die Landesparteitage in den kommenden beiden Jahren und die beiden Mitglieder für den Landesrat. Außerdem erfolgte ein Rückblick auf die Wahlen im Jahr 2014.

unsere jubilare

unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich!



Im monat januar 2015 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

Herbert Erler	geb. am 02.01.1928,	in	Freiberg
Bernhard Jänchen	geb. am 08.01.1935,	in	Burgstädt
Christa Zimmermann	geb. am 09.01.1931,	in	Waldheim
Helga Klaus	geb. am 14.01.1931,	in	Freiberg
Ingeburg Münch	geb. am 14.01.1930,	in	Lichtenau
Helmut Schenke	geb. am 15.01.1932,	in	Waldheim
Richard Bochmann	geb. am 16.01.1934,	in	Mulda/Sa.
Ursula Barz	geb. am 18.01.1940,	in	Rochlitz
Anna Matthes	geb. am 18.01.1919,	in	Waldheim
Anneliese Göpfert	geb. am 20.01.1920,	in	Brand-Erbisdorf
Liesbeth Schneider	geb. am 21.01.1940,	in	Flöha
Marianne Fichtner	geb. am 21.01.1929,	in	Rochlitz
Werner Kunze	geb. am 21.01.1930,	in	Burgstädt
Heinrich Schubert	geb. am 23.01.1926,	in	Freiberg
Karl Heinrich	geb. am 25.01.1930,	in	Freiberg
Dieter Ahlbrecht	geb. am 25.01.1932,	in	Freiberg
Erhard Natzschka	geb. am 25.01.1926,	in	Waldheim
Edith Mehnert	geb. am 28.01.1927,	in	Augustusburg
Ingrid Oehmig	geb. am 30.01.1940,	in	Penig
Susanne Albrecht	geb. am 30.01.1924,	in	Burgstädt
Gerhard Voigtmann	geb. am 31.01.1927,	in	Augustusburg

wichtige jahrestage im jahr 2015

An dieser Stelle veröffentlichen wir seit zwei Jahren monatlich die Übersicht wichtiger Jahrestage des Folgemonats. Grundlage dazu bildet eine entsprechende Übersicht, herausgegeben vom Sprecherat der **Historischen Kommission beim Parteivorstand der LINKEN**. So werden wir es auch im kommenden Jahr handhaben. In unserer Januar-Ausgabe fassen wir die Jahrestage im Januar und Februar 2015 zusammen, da die Gesamtübersicht für 2015 durch die Kommission noch nicht veröffentlicht sind.

Heute und hier soll auf die Arbeit der Historischen Kommission verwiesen werden. Sie umfasst 26 Mitglieder und besteht seit 1990. Weitergehende Beschlüsse wurden vom Parteivorstand der PDS bzw. LINKEN in den Jahren 2001 und 2007 gefasst. Die Historische Kommission ist Mitglied der Internationalen Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen mit Sitz in Wien.

Auf ihrer jüngsten 22. Tagung (solche Tagungen finden jährlich drei bis vier statt) widmete sich die Historische Kommission dem **Außerordent-**

lichen Parteitag der SED-PDS vom Dezember 1989. Im kommenden Jahr, so die Vorschau der Historischen Kommission, „wird sich die mediale Geschichtsdebatte auf die **Ereigniskette** konzentrieren, die über die Volkskammerwahlen im März 1990, den Zwei-plus-vier-Verhandlungen, der Währungs- und Sozialunion in den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland mündete. Für die LINKE besteht außerdem Anlass, der **Konstituierung der WASG als Partei vor 10 Jahren** zu erinnern. Verpflichtung ist uns außerdem, die Erinnerung an die Befreiung vom Faschismus vor 70 Jahren wach zu halten. Die Historische Kommission wird die Bildung der Historischen Kommission der PDS vor 25 Jahren zur **Bilanzierung der bis heute nachwirkenden Geschichtsdebatten** nutzen.“

Als weitere Termine im Jahr 2015 werden neben den oben erwähnten Ereignissen genannt:

- 11. Januar: Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin-Friedrichsfelde
- 27. Januar: Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus
- 8. Mai: Tag der Befreiung vom Faschismus (70. Jahrestag)

terminübersicht

dezember 2014:

09.12. 17 Uhr **Kreisparteitag der mittelsächsischen LINKEN**
Siebenlehn, „Schwarzes Roß“, Freiburger Straße 9

januar 2015:

11.01. ab 9 Uhr *Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin-Friedrichsfelde*

11.01. 14 Uhr *Jahresauftakt der Europäischen Linken und der Partei DIE LINKE*
Berlin, Volksbühne

12.01. 19 Uhr *Sitzung des Kreisvorstandes*
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Straße 34



Informationsveranstaltung und Diskussion mit
Heike Hänsel, MdB:



Solidarischer Handel statt Freihandel

Datum: 11.12.2014

Uhrzeit: 19.30 Uhr

Ort: Ulmer Stuben, Adolph-Kolping-Platz 11, 89073 Ulm

Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada, CETA, steht kurz vor der Ratifizierung. CETA dient dabei als Blaupause für das noch umfangreichere Freihandelsabkommen der EU mit den USA, TTIP. Wie bei Freihandelsabkommen üblich wurden und werden beide unter Ausschluss der Öffentlichkeit aber gemeinsam mit Lobbyistinnen verhandelt.

Mittlerweile ist klar, was durch diese Freihandelsabkommen droht:
Schiedsgerichte zur Sicherung der Unternehmensprofite,



Bild: Klar Nr. 33, Herbst 2014

Das Redaktions-Kollektiv der Mittelsächsischen LinksWorte wünscht allen unseren Leserinnen und Lesern besinnliche und friedvolle Advents- und Weihnachtstage.

Vor allem aber wünschen wir allen ein glückliches und vor allem gesundes Jahr 2015.

Wir haben uns bemüht, sachlich und kritisch aus dem politischen Leben der mittelsächsischen LINKEN zu berichten. Nicht immer ist uns das zur vollen Zufriedenheit gelungen. Deshalb wird es unser Anspruch sein, im kommenden Jahr noch „eine Schippe draufzulegen“. Wir danken für die Spendenbereitschaft für unsere linke Zeitung und wünschen uns diese auch für 2015.

Wir wollen niemand von unseren Leserinnen und Lesern anregen, kurzfristig nach Ulm zu reisen, um an der Veranstaltung unserer Partner vom Kreisverband Ulm/Alb-Donau der LINKEN teilzunehmen. Diese Veranstaltung ist wie viele andere Initiativen ein Mosaiksteinchen in der von der LINKEN unterstützten Europäischen Bürgerinitiative gegen die beiden transatlantischen Freihandelsabkommen. (siehe dazu auch unseren Bericht von der Veranstaltung mit der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der LINKEN und MdB Caren Lay auf Seite -4-).

Beim Redaktionsschluss dieser Ausgabe fehlten nur noch wenige Unterschriften, dann hat die Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA die 1-Million-Unterschriften-Marke erreicht. Wer noch nicht gegen die beiden Freihandelsabkommen unterschrieben hat (das ist u.a. auch in unserer Kreisgeschäftsstelle möglich), sollte dies schnell nachholen - oder andere bitten, noch schnell zu unterschreiben. Für den 9. Dezember plant das Bündnis „Stop TTIP“, die erste Million Unterschriften EU-Kommissionspräsident Juncker als Präsent zu dessen 60. Geburtstag zu überreichen. Weitergesammelt wird natürlich trotzdem - die 2-Millionen-Marke ist das nächste Ziel. Wer selbst aktiv werden will und weitere Informationen wünscht, kann sich ganz einfach per E-Mail unter dem Link: ttip@die-linke.de anmelden.



TTIP stoppen!

Geheimes Handelsabkommen bedroht unsere Demokratie

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG